

Übersicht

AUSSENPOLITIK

Bundesrepublik Deutschland

(1) Lebensbedingungen der deutschen Stahlwerk-konstrukteure in Wuhan

U.Grudinski (FAZ 30.5.75) gibt über die zu erwartenden Lebensbedingungen der deutschen Stahlwerkbauer in Wuhan einen anschaulichen Bericht: Die Montage des dort zu erstellenden Kaltwalzwerkes, das von einem Firmenkonsortium unter der Federführung von Schloemann-Siemag durchgeführt wird, soll im Herbst 1975 beginnen. In der Zwischenzeit hat erstmals auch eine Delegation von Betriebsräten die Baustelle besichtigt und die Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen Monteure geprüft. Während der dreijährigen Bauzeit des Kaltwalzwerkes mit angeschlossener Stranggießanlage werden insgesamt 150 deutsche Ingenieure und Techniker mit rd. 300 Familienangehörigen in Wuhan leben. Ihre Zahl soll mit den einzelnen Bauphasen wechseln: Einige werden nur sechs Monate bleiben, die meisten über ein Jahr, einige wenige sogar drei volle Jahre. Die Chinesen haben bisher 46 Familien "zugelassen". Auf dem Höhepunkt des Baubetriebs soll die deutsche Gemeinde 250 Mitglieder zählen. Bei einem Unternehmen derselben Größenordnung in Venezuela habe man, teilte ein Konsortialmitglied mit, rd. 1000 Personen an einem Ort vereinigt.

Die Deutschen dürfen Klimageräte einführen (der Wuhaner Sommer ist berüchtigt) und sogar Kühlschränke mitbringen, die alle genau aufgelistet sind. Erlaubt ist auch der Betrieb von Kassettenfernsehen. Eigens errichtet für die Ingenieure wird ein zwölfstöckiges Hotel, in dem die deutschen Experten neben 25 japanischen Familien wohnen. Die Genehmigungspolitik der Chinesen war zunächst restriktiv: Man wollte in dem Hotel nur ein einziges großes Restaurant einbauen. In der Zwischenzeit werden auf Wunsch der Deutschen jetzt auch Einzel- und Gemeinschaftsküchen eingerichtet. Die Deutschen dürfen auch zollfreie Lebensmittelpakete von je DM 400 Warenwert einführen, wobei für die Zahl der Einzelpakete keine Beschränkung besteht. Bezahlter Urlaub wird schon nach neun Monaten Arbeit gewährt: 21 Tage für Einzelpersonen, 18 für Familien. Wer seinen Urlaub im Ausland verbringen möchte, kann nach dem Vertrag jede Fluglinie benutzen.

Zwei eher private Fragen sind noch ungeklärt: Wird es für die Kinder eine deutsche Schule geben, oder sollen sie die chinesische Schule in Wuhan besuchen? Unbeantwortet ist auch die Frage, warum es den Deutschen nicht erlaubt ist, in Wuhan das Fahrrad zu benutzen. Halten die Sicherheitsbehörden Fahrradtouren für Gäste wie Gastgeber für zu riskant? Nach dem jetzigen Stand der Dinge sollen die Deutschen in Wuhan sich von den chinesischen Chauffeuren des kostenlosen Fuhrparks kutschieren lassen. Vereinbart wurde auch die Errichtung eines kleinen "Supermarktes", in dem die Gäste chinesische Produkte einkaufen können.

Das Werk wächst gleichsam "auf der grünen Wiese", schließt sich also nicht einem schon bestehenden Verbund an. Der Rohstahl kommt von einem soeben von den Chinesen gebauten Hochofenwerk mit vier 8m-Hochöfen. Für die 50 t-Konverter des Stahlwerks baut eine deutsche Spezialfirma z.Zt. die Sauerstoffgebläse ein. Japan liefert das dem deutschen Kaltwalzwerk vorgeschaltete Warmwalzwerk, um das sich auch das deutsche Konsortium beworben hatte, allerdings ohne Erfolg. Die Deutschen hatten das Werk seinerzeit für 700 Mio. DM, die Japaner dagegen für 500 Mio. DM angeboten.

Wichtig ist, wie Grudinski hervorhebt, auch eine Bestimmung, der zufolge die Chinesen die Lieferliste aller in den nächsten drei Jahren zu beschaffenden Bauteile mit genauer Typenbezeichnung schon jetzt ausgehändigt erhalten wollen. Es gehe hier nicht nur um eine Berechnungsgrundlage für etwaige Verzugspeinalen. China habe vielmehr nach dem Zusammenbruch seiner technischen Kooperation mit der Sowjetunion bittere Erfahrungen sammeln müssen, die es jetzt nicht wiederholen wolle. Die sowjetischen Ingenieure hatten seinerzeit bei ihrem Abzug auch die Baupläne mitgenommen, so daß die angefangenen Projekte in der Tat als Ruinen liegenblieben. Das soll sich nicht noch einmal wiederholen.

(2) Chinesische Medizinerdelegation berichtet über die Bundesrepublik und die Schweiz

Eine chinesische Medizinerdelegation, die auf Einladung der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz beiden Ländern einen Besuch abstattete, berichtet u.a.:

"In Westdeutschland und in der Schweiz hat die Delegation alte Freunde aufgesucht und auch neue Freundschaften geschlossen. Den alten und neuen Freunden war ein Wunsch gemeinsam: die Entwicklung der Freundschaft mit dem chinesischen Volk In Heidelberg lernte die Delegation einen Professor kennen, der - über 80 Jahre alt - bereits im Ruhestand lebt. Als er vom Besuch der chinesischen Delegation erfuhr, lernte er einige chinesische Sätze, um sie zu begrüßen und so seine Freundschaft zu bekunden Als die Delegation ein Heidelberger Krankenhaus besuchte, kamen ihr Ärzte und Pflegepersonal entgegen, sie freundschaftlich zu begrüßen Die Freundschaftsbekundungen beschränkten sich aber keinesfalls auf die Krankenhäuser!! Auf den Straßen winkten uns unbekannte Jugendliche freundschaftlich zu, und in den Krankensälen wurde die Delegation von den Patienten freundschaftlich begrüßt. Auf einem Bahnhof in Westdeutschland drückte eine alte Frau mit tränengefüllten Augen die Hand der Delegationsmitglieder und sagte: 'China ist gut! Möge die Freundschaft zwischen dem westdeutschen und dem chinesischen Volk immer weiterleben!' In den Krankenhäusern, medizinischen Forschungsstätten und Arzneimittelfabriken, die die Delegation in Westdeutschland besuchte, hörte sie überall den Wunsch nach weiterem Ausbau des wissenschaftlichen Austausches mit Deutschland Viele westdeutsche Mediziner haben aus eigener Initiative medizinisches Material in das Hotel, in dem die Delegation abgestiegen war, geschickt. Viele Ärzte waren extra mit dem Flugzeug oder mit der Eisenbahn gekommen, die Delegation zu begrüßen und äußerten

den Wunsch nach weiteren Kontakten zu chinesischen Medizinern" (Kuangming-jih-pao 31.5.75).

(3) Berichte über die Bundesrepublik

Auch im Juni standen wieder zwei Themen im Vordergrund der Deutschland-Berichterstattung: Einerseits werden Ausführungen des Verteidigungsministers Leber vom 4.6. wiedergegeben, in denen er "die Notwendigkeit für Westeuropa betont, der militärischen Bedrohung von seiten der Sowjetunion gewachsen zu sein". Die chinesische Quelle: ein Interview des Verteidigungsministers mit "einem Korrespondenten der 'Bild'-Zeitung" (NCNA 10./11.6.75).

Auch das andere Thema wird via "Bild"-Zeitung angerissen, nämlich die Wirtschaftskrise in Westdeutschland, die sich zunehmend "verschärft, so daß Geschäftskreise allgemein beunruhigt sind". In allen Industrien, vor allem in der Automobilproduktion und in der Bauwirtschaft herrsche Rezession. Die Arbeitslosigkeit steige weiterhin, und auch der für die westdeutsche Wirtschaft lebenswichtige Export gehe zurück (NCNA 13.6.75).

(4) Peking "sehr befriedigt" über Nuklearabkommen Bundesrepublik - Brasilien

Nach einer AFP-Meldung vom 26.6.1975 hat der chinesische Botschafter in Brasilia erklärt, die VR China sei "sehr befriedigt" über die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit auf dem Nuklearsektor. "Mein Land begrüßt dieses Abkommen. Die Atomkraft darf nicht das Monopol der einzelnen Mächte bleiben, sondern soll der ganzen Menschheit dienen", soll der Botschafter erklärt haben.

WESTEUROPA

(5) Peking befriedigt über das Referendum der britischen Bevölkerung zum Verbleib Großbritanniens in der EG

Daß die "besten Europäer heute nicht in Brüssel, sondern in Peking sitzen", beweist erneut die positive Stellungnahme Pekings zu dem Referendum der britischen Bevölkerung, in der EG zu bleiben. Partei- und Regierungsfunktionäre ließen in den Tagen vor dem Referendum in ihren Gesprächen mit westeuropäischen Staatsmännern keine Gelegenheit aus, um ihre Überzeugung von der Notwendigkeit eines Verbleibens Großbritanniens in der EG Ausdruck zu geben. Auch die Massenpresse hatte die chinesische Bevölkerung immer wieder auf die mit der britischen Abstimmung zusammenhängenden Probleme hingewiesen. In Hsinhua (NCNA, 6.u.7.6.75) wird ein Bericht über den Verlauf des Referendums und seine Abstimmungsergebnisse gegeben und darauf hingewiesen, daß in nur zwei von den insgesamt 68 Wahlreisen in England, Schottland, Wales und Nordirland die Nein-Stimmen sich durchgesetzt hätten. Sodann der Kommentar: "Das Referendum zeigt, daß die Mehrheit des britischen Volkes für Großbritanniens Verbindung mit den anderen westeuropäischen Ländern eintritt zu einer Zeit der verstärkten Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa". Die sechs Minister der Labour-Regierung, die gegen den Verbleib Großbritanniens in der EG gestimmt hatten, hätten nach Bekanntgabe des Ergebnisses eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie feststellten, daß sie 'den Spruch des Volkes akzeptieren wollen'.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) Peking kritisiert "neues kapitalistisches System" in der Sowjetunion

China hat der Kreml-Führung erneut vorgeworfen, das sowjetische Wirtschaftssystem in ein "neues kapitalistisches System" umgestülpt zu haben. Die jetzige Ordnung nütze einzig und allein einer "monopolistischen Bourgeoisie von Bürokraten". Die sowjetischen Arbeiter dagegen seien erneut zu versklavten Lohnempfängern degradiert worden. Häufig fehle es infolge dieser Zustände an den elementarsten Produkten wie Salz, Streichhölzern und Seife.

Begonnen habe der Prozeß im Jahre 1965, als der sowjetische Ministerrat eine Resolution über die Durchsetzung des "neuen Systems" im Handel verabschiedete, dessen erste Phase die Einführung eines "neuen Planungssystems" war. "Nach diesem neuen System sind der 'Umfang des Warenverkehrs und die Profite' das 'Hauptziel' aller Betriebe; die wirtschaftlichen Ergebnisse der Handelsaktivitäten' spiegeln sich in den Profitquoten wider. Um den bürgerlichen Elementen in den Handelszweigen freie Hand für die Erzielung von Profiten zu lassen, habe das 'neue System' auch den führenden Mitgliedern der Handelsorgane und -betriebe größere Machtbefugnisse zugestanden. Seit Anfang 1967 sei dieses System in allen sowjetischen Handelszweigen durchgesetzt worden.

Die zweite Phase des 'Systems' habe mit der Einführung 'neuer Methoden des wirtschaftlichen Anreizes' begonnen, dessen Charakteristik es sei, 'Profit und Lohnfonds zu einer Quelle materiellen Anreizes für Arbeiter und Angestellte zu machen'. Hauptziel dieser Regelung sei es gewesen, die Möglichkeiten für wachsende Profite aktiv auszunutzen und alle verborgenen Ressourcen zur Erhöhung der Profiterzeugung anzuzapfen.

Ein sowjetisches Buch 'Die wirtschaftliche Methode des kaufmännischen Managements' enthülle, daß die Wachstumsraten des Profits seit Durchführung des 'neuen Systems' die des Warenverkehrsvolumens stark überschritten hätten. Eine Stichprobe in 10 000 Handelsbetrieben habe für den Zeitraum zwischen 1967 und 1970 ergeben, daß der Warenumsatz um 27,4 %, der Profit dagegen um 57 % angestiegen sei. Die meisten Profite wanderten in die Tasche der Sowjetherrscher und würden überdies zu einem bedeutenden Teil von den "bürgerlichen Elementen in den Betrieben" eingesteckt. Die Regelung der Belohnung des Warenhauses 'Moskau' sehe beispielsweise vor, daß führende Mitglieder, Ingenieure, Techniker und Experten zum Empfang von Bonus-Zahlungen im Werte von 30 % ihres Gehalts berechtigt seien, wenn sie den Warenumsatz- und den Profitplan erfüllten. Erfüllten sie ihn um 1 % höher als vorgesehen, seien sie sogar berechtigt, weitere 4 % einzustecken. Das bedeutet: Je höher Position und Gehalt, umso größer der Bonus.

Neben dem Einheimsen von Geld durch Bonus-Zahlungen und andere legitime Mittel benutzten die Leiter einiger Geschäfte ihre Position und Macht aber auch dazu, durch 'ungesetzliche' Akte wie Spekulation, Unterschlagung und Diebstahl zu Geld zu kommen.

Der staatlich gelenkte Handel in der Sowjetunion sei unter diesen Umständen nicht mehr das sozialistische Eigentum des ganzen Volkes, sondern das Eigentum der bürokratisch-monopolistischen Bourgeoisie (NCNA 1.6.75);

(7) Moskauer Kritik an Pekings Haltung gegenüber Macao

TASS (engl., 30.6.75) prangert die Haltung Pekings gegenüber Macao an: Nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes i.J. 1974 hätte man eigentlich erwarten sollen, daß Peking nun seine antikolonialistische Haltung auch in Macao in die Tat umsetzen würde. Doch nichts dergleichen geschah. "Trotz all ihrer revolutionären Schlagworte und Schwüre halten es die Pekinger Führer für vorteilhaft, wenn ein Teil des chinesischen Territoriums und ein Teil seiner Bevölkerung kolonialer Besitz eines anderen Staates ist. Den Schlüssel zum Verständnis dieser scheinbar paradoxen Haltung bietet das Beispiel Hong Kongs, das zu Großbritannien gehört, und aus dem Peking über ein Fünftel seiner gesamten Deviseneinnahmen erhält. Das ist der Grund, weshalb die maoistischen Führer in Peking und die chinesischen 'revolutionären' Diplomaten in den Vereinten Nationen hinsichtlich Macaos so still sind. So zeigte sich, daß Macao nur ein 'kleiner Umschlagplatz' für Devisentransaktionen ist, die die Pekinger Maoisten über Hong Kong durchführen. Der Kampf gegen den Kolonialismus hat damit nichts zu tun".

(8) Erster Besuch chinesischer Militärs in Belgrad

Eine chinesische Militärdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Generalstabschef Hsiang Chung-hua ist am 31.5.75 zu einem Freundschaftsbesuch in Jugoslawien eingetroffen (NCNA 31.5.75). Damit halten sich zum erstenmal hohe chinesische Offiziere in Belgrad auf. Anlässlich eines Banketts, das die jugoslawische Armeeführung gab, erklärte Hsiang, Jugoslawiens blockfreie Politik richte sich gegen "imperialistische Machtpolitik und Hegemonie, gegen ausländische Beherrschung, Subversion, Einmischung und Drohung. Jugoslawien führe einen entschlossenen Kampf gegen alle Komplote, die seine Sicherheit und Unabhängigkeit gefährdeten. Das jugoslawische Volk und seine Armee, die entschlossen der Tyrannei die Stirn bieten und nicht vor dem Kampf zurückschrecken, üben größte Wachsamkeit, führen die Verteidigung durch das gesamte Volk ein und unternehmen unbeirrbar und erfolgreich Bemühungen zur Verteidigung der staatlichen Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit des Landes."

Hsiang ging sodann auf die chinesisch-jugoslawischen Beziehungen ein und erklärte: "Sowohl China als auch Jugoslawien sind Entwicklungsländer und gehören der Dritten Welt an. Wir sind befreundete Länder. Ebenso wie schon im vergangenen antifaschistischen Krieg unterstützen und ermutigen sich unsere beiden Länder auch heute im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonie" (Tanjug, engl., 1.6.75).

Der Stellvertretende Chef des jugoslawischen Generalstabs, General Dusan Pekic, lobte den Kampf des "großen und revolutionären chinesischen Volkes gegen die Hegemonie der Supermächte".

Zweierlei tut dieser chinesische Besuch kund: Zum einen werden die Bemühungen Jugoslawiens - ebenso wie früher schon diejenigen Rumaniens und Albaniens - zur Vorbereitung von Gegenmaßnahmen gegen einen potentiellen sowjetischen Angriff nachdrücklich unterstützt.

Bemerkenswert ist zweitens, daß hier Jugoslawien zum erstenmal ausdrücklich als Land der Dritten Welt bezeichnet wird. Die chinesische Drei-Welten-Theorie, die i.J. 1974 anlässlich der UNO-

Rohstoffkonferenz erstmals expressis verbis verkündet worden war, teilt die Länder der Welt nicht mehr nach ihrem Gesellschaftssystem, sondern nach ihrem Entwicklungsstand ein. Auch die Satellitenstaaten in Osteuropa können deshalb - je nach ihrem Entwicklungsstand - entweder zur Zweiten oder zur Dritten Welt gehören. Die CSSR und die DDR gehören sicherlich zur Zweiten Welt. Bei Jugoslawien war die chinesische Klassifizierung bisher noch ungewiß, ebenso wie bei anderen Ländern wie Polen, Bulgarien und Rumänien.

Fast zur gleichen Zeit, da die chinesische Militärdelegation dem Balkanstaat einen Besuch abstattete, weilte eine jugoslawische Gewerkschaftsdelegation in Peking und führte dort Gespräche mit Führern verschiedener örtlicher Gewerkschaftsverbände (Tanjug 5.6.75).

NORDAMERIKA

(9) Teng Hsiao-p'ing zum bevorstehenden Besuch des amerikanischen Präsidenten

Bei einem Gespräch mit amerikanischen Chefredakteuren in Peking Anfang Juni ließ Teng Hsiao-p'ing erkennen, daß man in Peking den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ford im Herbst begrüße; China sei an der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit den USA interessiert, erwarte aber, daß Washington seine Beziehungen zu Taiwan abbrechen, seine Truppen von dort abziehen und den Sicherheitsvertrag mit Taiwan aufkündigen werde. Eine amerikanische Zwei-China-Politik sei für Peking auf die Dauer nicht akzeptabel.

Obwohl Teng Hsiao-p'ing in den amerikanischen Berichten nicht offiziell zitiert wurde, war der Inhalt des Gesprächs nach Ansicht politischer Beobachter zur Veröffentlichung bestimmt. Aus ihm geht hervor, daß Peking für gewisse Probleme der USA im Fernen Osten Verständnis habe, so z.B. für die Schwierigkeiten Washingtons beim Truppenabzug aus Japan (NZZ, Le Monde, Times, 4.6.75; Welt 3.6.).

Die Gesprächspartner waren Paul Miller, Präsident der Associated Press, und C. Patterson, Chefredakteur der St.Petersburg Times. Das Gespräch fand am 2.6.1975 statt.

NAHOST

(10) Beziehungen zu Ägypten

Am 31.5.75 haben die Regierungen der VR China und Ägyptens in Peking die Urkunden über die Verlängerung des Handels- und Zahlungsabkommens zwischen den beiden Ländern unterzeichnet und ausgetauscht. Gleichzeitig wurde ein Protokoll zum Handelsabkommen zwischen den beiden Regierungen für 1975 unterzeichnet. Das Abkommen gilt vorläufig bis zum 31.12.1976 (NCNA 31.5.75).

Etwa zur gleichen Zeit polemisierte Hsinhua (NCNA 29.5.75¹ und 2.6.75) heftig gegen die "Erpressungsversuche der sowjetischen Revisionisten" gegenüber Ägypten. Das ägyptische Volk sei "über die erbärmlichen Tricks der Sozialimperialisten aufgebracht, die einerseits die Waffenlieferungen nach Ägypten gestoppt haben und andererseits auf die Rückzahlung der im Zusammenhang

mit den Waffenkäufen gemachten Schulden drängen". Von Oktober 1973 bis Januar 1975 habe die Sowjetunion alle Waffenlieferungen nach Ägypten eingestellt und sich sogar geweigert, einem Ersuchen Ägyptens um Aufschub der Schuldenzahlung nachzukommen. Die Frage der Waffenlieferungen sei Ursache für erhebliche Schwierigkeiten in den ägyptisch-sowjetischen Beziehungen. Ägypten brauche die Waffen im Kampf gegen die "zionistische Aggression". Statt diese Absichten aber zu unterstützen, benutze die Sowjetunion die Lieferung von Waffen als ein Mittel zur Erpressung Ägyptens, fordere Militärstützpunkte und wolle erneut Militärpersonal an den Nil entsenden. Im übrigen sei Ägypten durch den Kauf von Waffen zu hohen Preisen seit Jahren der größte Schuldner der Sowjetunion. Das Verhalten Moskaus komme einer "totalen Ausplünderung gleich". Das ägyptische Volk werde sich jedoch "dem hegemonistischen Druck nicht beugen". Im Jahre 1971 zerschlug Ägypten ein von den Sowjetrevisionisten ausgehecktes subversives Komplott; im Jahre 1972 schob es 20.000 sowjetische Soldaten ab; im Jahre 1973 zerbrach es den von den beiden Supermächten auferlegten Status des 'Kein Krieg, kein Frieden' und startete erfolgreich den Oktoberkrieg. Seit damals ist es sowjetischem Druck in jeder Weise entgegengetreten. Am 1. Mai bekräftigte Präsident Sadat, daß Ägypten sich den unabhängigen Willen und die Entscheidung der Nation bewahren müsse und daß 'Ägypten die Freiheit hat, Ja oder Nein zu sagen. Dies ist eine klare Antwort an die Kreml-Hegemonisten' (NCNA, 29.5., 2.6.75).

(11) Hat die VR China im Jahre 1970 den Verkauf einer Atombombe an Libyen verweigert?

Nach einer dpa-Mitteilung, die sich auf die amerikanische Zeitschrift "Parade" stützt (bpa-Ostinfo., 2.6.1975) soll die Volksrepublik China sich im Jahre 1970 geweigert haben, Libyen eine Atombombe zu verkaufen, die unter Umständen über Israel hätte abgeworfen werden können. Die Zeitschrift "Parade" berichtet unter Berufung auf den ehemaligen Chefredakteur der halbamtlichen Kairoer Zeitung "Al Ahram", Mohammed Heikal, der libysche Staatspräsident El Gadafi habe seinen Berater und jetzigen Ministerpräsidenten, Major Dschallud, nach Peking geschickt, um Ministerpräsident Chou En-lai zum Verkauf einer Atombombe zu überreden. Chou habe allerdings erwidert, daß China einem solchen Verlangen nicht nachkommen könne. Statt dessen habe er die Entsendung von Instrukteuren angeboten, die Libyen im Umgang mit Atomwaffen ausbilden könnten.

ASIEN

(12) JMJP zur Erklärung des Ausnahmezustands in Indien

Am 26. Juni verkündete die Regierung Indira Gandhis den Ausnahmezustand, ließ zahlreiche Führer der Oppositionsparteien verhaften und führte gleichzeitig eine allgemeine Pressezensur ein - dies alles mit der Begründung, daß die Sicherheit des Staates "bedroht" sei.

Radio Moskau (28. und 29. Juni) rechtfertigte diese Verhängung des Ausnahmezustandes mit dem Hinweis, daß die Oppositions-

parteien versucht hätten, Unruhe zu stiften. Dadurch sei für die Demokratie eine ernsthafte Gefahr heraufbeschwoen worden. Im selben Sinne erklärte die KP Indiens, daß in Indien eine kritische Lage entstanden sei, wofür die "reaktionären Parteien und ihre Führer, die das Land in Anarchie und Chaos stürzen möchten, verantwortlich seien ... In solch einer kritischen Situation darf kein einziger Patriot, kein einziger Demokrat untätig zusehen, wie reaktionäre Elemente die Unabhängigkeit, Einheit und die demokratischen Institutionen Indiens untergraben ...". Bezeichnenderweise wurde diese Erklärung in TASS (englisch, 27.6.75) abgedruckt.

Am 29.6. gab JMJP seine Version aus chinesischer Sicht. Worin liege, so fragte der chinesische Kommentator, die Ursache für die "Bedrohung" der Sicherheit Indiens? Antwort: "Im letzten Jahrzehnt, seit dem Amtsantritt Indira Gandhis als Ministerpräsident, hat sie alles getan, um die Interessen der Großgrundbesitzerklasse und der Großbourgeoisie Indiens zu verteidigen und eine reaktionäre Innen- und Außenpolitik zu betreiben. In ihrer Rundfunkrede jedoch, in der sie den 'Ausnahmezustand' verkündete, hatte sie die Frechheit, sich selbst als einen Verteidiger des 'demokratischen Systems' zu beschreiben. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: Es handelt sich genau um diese Indira Gandhi, die die ganze Zeit über von den Gentlemen im Kreml unterstützt wurde. Alle von der Regierung Gandhi getroffenen reaktionären Maßnahmen und kriminellen Taten im Inland und im Ausland haben den Beifall und die Unterstützung der sowjetischen Revisionisten gewonnen ... Sie erteilen ihr manchmal Ratschläge und machen Anregungen aus dem Hintergrund, und manchmal treten sie ganz offen auf, um sie in dem vergeblichen Versuch reinzuwaschen, die Krise zu überstehen. Der Grund, warum die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten so emsig versuchen, Indira Gandhi zu stützen, besteht darin, daß sie ihre Kontrolle über Indien fortsetzen möchten, um sich mit der anderen Supermacht in Südasien um die Hegemonie besser schlagen zu können, und Indira Gandhi möchte gerne die Junior-Hegemoniemacht in diesem Gebiet unter dem Patronat des sowjetischen Revisionismus werden. Aber Indien gehört dem indischen Volk, das die reaktionäre Herrschaft des Regimes Indira Gandhis nicht mehr länger dulden oder es irgendjemand gestatten wird, ihr Land an eine Supermacht zu verschachern ... Darum haben sich die indischen Oppositionsparteien und die Öffentlichkeit erhoben und sind immer mehr Menschen auf die Straße gegangen, um in einem "volksweiten" Kampf die Absetzung Indira Gandhis zu betreiben ... " (NCNA, 29.6.75).

(13) Reis und Fahrräder aus China für Laos

China wird Laos 4000 t Reis schenken und 6000 t verkaufen. Laos erhält ferner 10 000 Fahrräder, 500 Pflüge und Wasserpumpen. Außerdem wird eine chinesische Expertenkommission in Laos weitere Möglichkeiten der Entwicklungshilfe erkunden. Dies sind die wichtigsten Punkte, die der stellvertretende laotische Wirtschafts- und Planungsminister während eines Besuchs in Peking ausgehandelt hat. Der Besuch diente dem weiteren Ausbau des Wirtschaftshilfeabkommens, das beide Staaten im September 74 geschlossen hatten (SWB 2.7.).

Dies wird die erste Nahrungsmittelhilfe Chinas an Laos sein. Die entsprechende Meldung wurde am selben Tag herausgegeben, an dem Gespräche zwischen den USA und Laos zum Thema der Übergabe aller USAID-Einrichtungen (US Agency for Interna-

tional Development) an die laotische Regierung erfolgen sollte. Praktisch fiel damit das Ende der USAID mit dem Anfang der Nahrungsmittelhilfe aus China zusammen. Man kann davon ausgehen, daß der Zeitpunkt der Bekanntgabe durch die Regierung von Laos sicher nicht zufällig gewählt war.

Alle USAID-Helfer haben bis auf 31 das Land bereits verlassen. Aber auch diese Gruppe soll bis zum 30. Juni abgezogen sein. Vereinbarungen dieser Art waren zwischen den studentischen Demonstranten, die die USAID-Mission in Vientiane besetzt hatten, und den Amerikanern geschlossen worden (IHT, 30.5.75).

(14) Der Besuch des philippinischen Präsidenten Marcos in der VR China

Ferdinand Marcos hat aufgrund einer Einladung vom Mai 1975 vom 7. bis 11. Juni die Volksrepublik China besucht. Es wurden ihm dabei höchste protokollarische Ehren zuteil. U.a. wurde er von Mao Tse-tung und Chou En-lai empfangen. Teng Hsiao-p'ing erklärte bei seiner prinzipiellen Bankettrede, die Philippinen sollten künftig eine eigene Außenpolitik führen, und vor allem den Annäherungen des "Tigers" (Sowjetunion) Mißtrauen entgegenbringen, nachdem der "Wolf" (USA) durch die "Hintertür" vertrieben worden sei. Zugleich wurden die ASEAN-Länder ermutigt, ihre Neutralitätspläne weiterzuerfolgen und auch das ASEAN-Bündnis zu stärken. Während des Aufenthalts von Marcos wurde ein Kommuniqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Manila und Peking unterzeichnet. Gleichzeitig brachen die Philippinen ihre Beziehungen zu Taipei ab. Auch ein Handelsabkommen wurde abgeschlossen. Welche Zusicherungen die Chinesen dem philippinischen Gast im Hinblick auf die weitere Unterstützung philippinischer Aufständischer gegeben haben, ist eine Frage, die nicht näher erörtert wurde (Näheres vgl. Thema in diesem Heft).

(15) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Thailand

Am 29.6. traf eine aus 40 Mitgliedern bestehende Delegation unter Führung des thailändischen Ministerpräsidenten Khukrit Pramroj in der VR China ein, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern abzuschließen. Thailand war damit das 101. Land der Welt, das solche Beziehungen aufnahm, und das dritte Land innerhalb der ASEAN.

Noch am gleichen Tag empfing Ministerpräsident Chou En-lai den thailändischen Gast "in einem Hospital" in Peking (NCNA, 30.6.75). Am gleichen Abend gab es auch ein großes Bankett, dem Teng Hsiao-p'ing in Vertretung von Chou En-lai präsiidierte. Fast die gesamte Führungsspitze war anwesend. In seiner Bankettrede stellte der Gastgeber mit Genugtuung fest, daß die "eine der Supermächte" sich unter den Schlägen der indochinesischen Völker aus Indochina habe zurückziehen müssen. Es gelte nunmehr darauf zu achten, daß nicht die anderen Länder Südostasiens in die Fangarme der "anderen Supermacht" geraten, die "unersättlich nach neuen Militärstützpunkten in Südostasien sucht und ihre Marineschiffe entsendet, die den Indischen Ozean und den Westpazifik befahren und somit den Frieden und die Sicherheit der südostasiatischen Länder bedrohen. Das Gespenst ihres Expansionismus sucht nunmehr Südostasien heim, da sie danach verlangt, dieses Gebiet eines Tages in ihre Einflußsphäre verwandeln zu können". Die Völker der südostasiatischen

Länder, "die unter der imperialistischen und kolonialistischen Herrschaft so unsagbare Leiden durchgemacht haben, werden es keiner Supermacht mehr gestatten, ihre Länder erneut einer Aggression, Unterdrückung und Kontrolle auszusetzen. Trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme könne man auf der Basis der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz mit Thailand gute Beziehungen entwickeln. Der Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten habe eine "neue Seite in der Geschichte der chinesisch-thailändischen Beziehungen aufgeschlagen". Die "traditionelle Freundschaft unserer beiden Völker ist in den letzten Jahren wiederaufgelebt. Die kulturellen, sportlichen, wissenschaftlichen und kommerziellen Austauschbeziehungen haben sich ständig verstärkt ..." (NCNA, 30.6.75).

Schon vorher hatte die JMJP (30. Juni) unter der Überschrift "Ein herzliches Willkommen den prominenten thailändischen Gästen" gute Beziehungen mit dem südostasiatischen Staat angekündigt. "Inmitten großer Umwälzungen erwachen die Völker der Welt gegenwärtig immer mehr und machen große Schritte vorwärts. Die Situation in Asien ist ausgezeichnet. Der große Sieg der indochinesischen Völker ist für die Völker aller Länder der Welt eine große Ermutigung in ihrem gerechten Kampf. Mit jedem Tag entfaltet sich der Kampf aller Länder und Völker Südostasiens gegen den Großmachthegegonismus und die Machtpolitik immer stärker ... Die Völker Chinas und Thailands haben einander stets Sympathien entgegengebracht und sich in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus unterstützt".

Mit einigen Pikanterien war die Entgegnung des thailändischen Ministerpräsidenten versehen. Mehrere Male wies er darauf hin, daß "jedes Land das Recht hat, sein eigenes politisches, wirtschaftliches und Gesellschaftssystem frei von äußerer Einmischung zu wählen". Mehrere Male wies er auch darauf hin, daß die Länder Südostasiens "sich weiterhin allen Arten der Subversion von außen widersetzen" werden. Worte der Bewunderung fand der Ministerpräsident für die "Wunderdinge des neuen China", z.B. seine Fortschritte in Medizin und Wissenschaft, die Ausbildung "barfüßiger" Ärzte und die landwirtschaftlichen Fortschritte. Sodann ging er auf die unterschiedlichen politischen Systeme beider Länder ein. "Eine ruhmreiche Revolution voller Leidenschaft und erregender Ereignisse führte zur Geburt der Volksrepublik China. Der Erfolg der chinesischen Revolution wird sehr häufig gelobt. Aber - unsere Revolution, d.h. die des Königreiches Thailand - wurde von oben unter Führung unserer Könige angeregt, die stets die Notwendigkeit administrativer und gesellschaftlicher Reformen erkannt haben, um mit den vorherrschenden Umständen Schritt zu halten. Die Erfolge dieser klugen königlichen Politik kamen jedem einzelnen Thai zugute. Daraus läßt sich ersehen, daß, obgleich die historische Entwicklung eines jeden Landes unterschiedlich sein mag, das Endergebnis, das von allen erwünscht wird, das gleiche ist, d.h. die Schaffung von Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft und die Erreichung der Gleichheit im Lebensstandard unter der Bevölkerung. Dies ist das Ziel der Regierung des Königreiches Thailand, und ich bin sicher, daß dieses auch das Ziel der Politik der Regierung der VR China ist".

Ferner dankte der Ministerpräsident der chinesischen Regierung für ihr Verständnis zur Entwicklung in der ASEAN und für die chinesische Unterstützung der "Erklärung von Kuala Lumpur" von 1971, derzufolge Südostasien eine Zone des Friedens, der

Freiheit und Neutralität werden solle (NCNA, 30.6.75).

Besondere Probleme waren die Frage einer Unterstützung der thailändischen Aufständischen durch Peking, ferner die Auslandschinesenfrage (rd. eine halbe Million Chinesen leben in Thailand) und wahrscheinlich auch die Ausbildung Thailands zu einem "Pufferstaat" zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen Teilen Asiens. Aller Wahrscheinlichkeit nach legen die Chinesen Wert darauf, daß Bangkok zu einer Art Gegengewicht des immer mächtiger werdenden Hanoi ausgebaut wird.

Schließlich dürfte die Frage weiterer amerikanischer Präsenz in Thailand eine Rolle gespielt haben. Bekanntlich hat China in den letzten Monaten wachsendes "Verständnis" für den Verbleib amerikanischer Reststreitkräfte in Südostasien gezeigt, die dort ebenfalls als Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß Moskaus wirken könnten.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(16) Ungewöhnlich starke publizistische Anteilnahme Chinas an dem NATO-Gipfeltreffen Ende Mai 1975

Hsinhua berichtet in zahlreichen informierenden und kommentierenden Artikeln ausführlich über das NATO-Treffen, das eine außergewöhnlich positive Beurteilung erfuhr. Der chinesische Leser wurde mit den Zielsetzungen des atlantischen Verteidigungsbündnisses vertraut gemacht. Peking wies auch nachdrücklich auf die Aktivitäten hin, die der amerikanische Präsident im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen zeigte. U.a. habe Ford zwischen Griechenland und der Türkei vermittelt. Die USA seien besorgt über den Streit zwischen Griechenland und der Türkei, da die Sowjetunion diese Lage zur Stärkung ihrer Position um die Hegemonie im Mittelmeer ausnütze (Radio Peking, deutsch, 2.6.75). Berichtet wird auch vom Spanien-Besuch Fords am 31.5. Dieser Besuch sei erfolgt "wegen der verschärften Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion um Europa und das Mittelmeer sowie angesichts der Labilität in Südeuropa" (Radio Peking, deutsch, 2.6.75 und NCNA, 1.6.75).

Auch die WEU-Tagung in Bonn, auf der für größere Verteidigungsanstrengungen plädiert wurde, fand in Hsinhua-Berichten Verständnis und Beifall. Die Vertreter der sieben WEU-Mitgliedsstaaten hätten auf ihrer vom 26. - 29. Mai abgehaltenen Tagung mehr Zusammenarbeit westeuropäischer Länder in Richtung auf den politischen Zusammenschluß und für die gemeinsame Verteidigung gefordert. In einem Dokument der Tagung heiße es, "daß die Sowjetunion unter der Tarnung der Entspannung ihre Aufrüstung forciert und eine hegemonistische Politik betreibt ... Hinzu kommt, daß die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Paktes weiter ihre militärische Überlegenheit in Mitteleuropa ausbauen". Zweck der europäischen Sicherheitskonferenz sowie der Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Mitteleuropa sei es aus der Sicht der Sowjetunion, den Status quo in Europa beizubehalten. Die Sowjetunion gebe zwar ein Bekenntnis zur Sicherheit ab, betreibe aber in Wirklichkeit eine Politik der Vorherrschaft. Zitiert wird hierbei auch ein Satz

Karl Carstens, dem CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden, der die WEU-Teilnehmer aufgefordert habe, "wachsam zu bleiben und gigantische Anstrengungen auf sich zu nehmen" (NCNA, 30.5.75).

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(17) "Abrüstungsgespräche sind nur ein Deckmantel für intensivierte Aufrüstung"

Die JMJP veröffentlichte am 3. Juni einen Artikel, der sich mit der Genfer Mai-Konferenz der beiden Supermächte zur Frage der Erfüllung des Atomsperrvertrages in den vergangenen 5 Jahren befaßt. Dabei bekräftigte JMJP die alte chinesische Auffassung, daß der Atomwaffensperrvertrag nur dem Ziel diene, das Atomwaffenmonopol und damit das "atomare Erpresserspiel der beiden Supermächte" zu verewigen. Zahlreiche Tatsachen bewiesen, daß die beiden Supermächte nach Unterzeichnung des Atomsperrvertrags ihre nukleare Aufrüstung sogar noch schneller vorantrieben hätten als früher. "Der Vertrag wurde von der Sowjetunion und den USA 1968 unterzeichnet und trat nach seiner Ratifizierung im Jahre 1970 in Kraft. Nun hat gerade die Sowjetunion, die ja erklärt hatte, der Vertrag verhindere die Verbreitung von Kernwaffen, seit 1968 ihre nukleare Aufrüstung mit fieberhafter Eile vorangetrieben. Im Jahre 1968 besaß die Sowjetunion nur 7 mit Langstreckenraketen ausgerüstete Unterseeboote. 1974 erhöhte sich ihre Zahl auf 50, was eine mehr als siebenfache Zunahme gegenüber der Zeit von vor 6 Jahren bedeutete. 1968 verfügte die Sowjetunion über 800 Interkontinentalraketen mit Kernsprengköpfen, und 1974 betrug die Zahl dieser Raketen 1500, also eine Zunahme um fast das Doppelte. Um mit ihrem Gegner bei der Modernisierung nuklearer Waffen und Beförderungsmittel gleichzuziehen und ihn zu übertreffen, führte die Sowjetunion allein im Jahre 1973 mehr als 100 Erprobungsversuche interkontinentaler ballistischer Raketen und mehr als 10 unterirdische Kernversuche durch ... Um nicht überflügelt zu werden, hat der US-Imperialismus öffentlich erklärt, daß er dies nicht dulden wolle und daß die USA darauf reagieren würden. Im Jahre 1975 erfolgte eine starke Erhöhung der Militärausgaben auf mehr als 90 Mrd. US\$, eine Rekordhöhe in der amerikanischen Geschichte" (NCNA, 3.6.75).

INNENPOLITIK

(18) Teng Hsiao-p'ing zu Fragen der Führung nach Mao Tse-tung

Teng Hsiao-p'ing erklärte gegenüber einer Gruppe amerikanischer Chefredakteure in Peking Anfang Juni, daß China nach dem Tode Mao Tse-tungs von einer kollektiven Führungsspitze gelenkt werden solle. Maos Prinzip der "Dreier-Allianz" werde schon jetzt auf allen Ebenen der Gesellschaft praktiziert. Alle Entscheidungen sollten gemeinsam von den alten, den mittleren und den jüngeren Jahrgängen gefällt werden.

Das ZK beschäftige sich zwar laufend mit der Nachfolgefrage. Gerüchte über den angeblich schlechten Gesundheitszustand Maos träfen jedoch nicht zu. Der 81jährige Parteichef sei nach wie vor